

Wittgensteiner Zeitung

Ernst Schmidt
Buchdruckerei u. Verlag
der Wittgensteiner Zeitung
Laasphe, Westf.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
Postfachkonto Nr. 40449 Amt K&L

Nummer 252

Freitag, 28. Oktober 1931

Laasphe, Mittwoch den 28. Oktober 1931

56. Jahrgang

Zwei Besuche.

An die Stelle der Monarchenbesuche der Vorkriegszeit sind die Ministerbesuche getreten. Jene haben, wie der Ausbruch des Weltkrieges gezeigt hat, die von ihnen erhoffte beruhigende Wirkung auf die internationale Politik nicht ausüben können. Werden die Ministerbesuche der Zeit politisch fruchtbarer sein? Es wäre verfrüht, diese Frage jetzt schon abschließend zu beantworten, wenn man aber sieht, wie gering die Ergebnisse — wenigstens die sichtbaren Ergebnisse — so mancher Ministerbegegnungen sind, ist man geneigt, auch über Zusammenkünfte dieser Art recht pessimistisch zu urteilen.

Zwei politische Begegnungen standen in den letzten Tagen im Vordergrund der internationalen Diskussion: Laval's Besuch in Washington und Grandis Berliner Reise. Die Amerikafahrt des französischen Ministerpräsidenten war von der großen Pariser Presse mit besonderer Sensation aufgegriffen worden: ein Trommelfeuer von Artikeln, Nachrichten, Mutmaßungen und Informationen überschüttete die geduldigen Leser dieser Blätter, richtete sich aber nicht zuletzt an Laval selber, der gewarnt werden sollte, in Washington nicht zuviel zu konzedieren. Wir wissen nicht, ob der französische Ministerpräsident das viele mit solchen Warnungen bedruckte Papier auch tatsächlich gelesen hat, aber soviel steht fest: das praktische Ergebnis der Washingtoner Besprechungen hätte nicht dürftiger sein können, wenn Laval alle Warnungen seiner nationalpolitischen Presse nicht nur sorgfältig gelesen, sondern auch beachtet hätte. Er selber soll unmittelbar nach Abschluß der Beratungen mit dem Präsidenten Hoover gesprochen haben: „Es ist hier nichts zu machen. Europa muß sich selber helfen!“ Auch die amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Besprechungen läßt erkennen, daß irgendein greifbarer Erfolg nicht erzielt worden ist. Das Bestehenbleiben des Youngplans und die Aufrechterhaltung der Goldwährung ist im Grunde genommen nur eine verhinderte Niederlage Frankreichs, die später doch noch eintreten kann.

Laval ist über den Ozean gefahren nicht so sehr als Staatsmann mit eigener Entschlußkraft und der erforderlichen Freiheit des Handels, sondern vielmehr als der Abgesandte der französischen Abgeordnetenkammer und seiner eigenen Kabinettskollegen. Wie bei seinem Berliner Besuch, begleitete ihn auch nach Washington der Schatten des Kriegsministers Maginot, der ihm die alte Feiersonne der bedrohten „Sicherheit“ Frankreichs einflüsterte und ihn hemmte, unvoreingenommen mit Hoover über die großen wirtschaftlichen Fragen zu sprechen, die nach Lösung drängen. So wurden alle großen Fragen der Weltwirtschaft, auch alle wirtschaftlichen Probleme, einzig und allein vom Standpunkte der französischen Machtspolitik aus behandelt. Deshalb mußte die ganze Aussprache zu einem Fehlschlag werden. Eine Besserung der Weltwirtschaftslage, eine Beseitigung der Krisen, der Unsicherheit und der sich täglich steigenden Gefahren kommt nicht aus der Politik heraus, sondern einzig und allein aus der wirtschaftlichen Vernunft. Daran aber fehlt es in Frankreich, daran fehlt es insbesondere auch dem französischen Ministerpräsidenten. Er hat vom Standpunkte des französischen Machtpolitikers aus, der sich, weil er auch über die nötigen Goldvorräte verfügt, aufs hohe Ross setzen kann, die Washingtoner Verhandlungen geführt. Deshalb konnte nichts Anderes dabei herauskommen, als der Rat an Europa, sich selber zu helfen, d. h. von sich aus die Initiative zu ergreifen, um die wirtschaftlichen Fragen zu einer Lösung zu bringen. Hierbei gehört in erster Linie die das Reparationsproblem. Für Deutschland steht jetzt schon fest, daß die Wiedererlangung des Youngplans nach Ablauf des Zahlungsfristjahres am 30. Juni nächsten Jahres völlig ausgeschlossen ist. Wir würden es daher begrüßen, wenn jetzt der deutsche Reichskanzler in Washington vortreten könnte, um den deutschen Standpunkt darzulegen und um jene Erörterungen in Gang zu bringen, die bei dem Besuche Laval's offenbar abgelehnt worden sind.

Günstiger als Laval's Amerikafahrt darf man den Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Berlin bewerten. Die Unterhandlungen mit Grandi sind, wie nicht nur in dem amtlichen Kommuniqué darüber betont wird, sondern wie auch sonst zu erkennen war, in sehr freundschaftlicher Weise verlaufen. Halbamtlich wird betont, daß die frische und offene Art Grandi's die Diskussion sehr erleichtert habe. Allerdings konnten bestimmte Einzelheiten der deutsch-italienischen Beziehungen nicht besprochen werden, sondern Grandi und der Reichskanzler haben sich über die großen Probleme und die Grundsätze ausgesprochen, die für die Regelung dieser Probleme in Betracht kommen. Das Hauptthema der Besprechungen hat die Weltwirtschaftskrise gebildet. Es wird versichert, daß man sich über die gegenseitigen Auffassungen verständigt, daß man sich über die Offenheit geäußert habe. Man kennt also jetzt in Berlin die Auffassung Roms in diesen Dingen und umgekehrt. Wir registrieren das Ergebnis des italienischen Besuchs mit Genugtuung. Der Angelpunkt der großen Weltwirtschaftskrise bleibt aber nach wie vor das Reparationsproblem Deutschlands zu Frankreich. Hier haben die Konferenzen der letzten Zeit keine Änderung, keine Besserung gebracht. Ohne eine solche aber kann auch die große Weltwirtschaftskrise nicht behoben werden.

Aufgaben des Wirtschaftsbeirates.

Die Hauptfrage: Senkung des Preisstandes.
Berlin, 27. Oktober.

Das Reichskabinett wird am Dienstag mittag erstmalig nach der Vertagung des Reichstages zusammentreten, um in erster Linie die Vorarbeiten für den am 29. Oktober zusammentretenden Wirtschaftsbeirat zu leisten. Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates werden nicht selbstständig sein, sondern in ständiger Fühlung mit der Reichsregierung erfolgen, die durch ihre Ressorts den Mitgliedern des Beirates an Hand des vorliegenden Materials die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands schonungslos darlegen wird.

In Kreisen der Regierung ist man der Ansicht, daß man nuncmehr vor der sehr einfachen Alternative stehe, ob Deutschland das größte Ausfuhrland Europas dem Beispiel von 25 Ländern folgen soll, deren Währung ins Ausland getrieben ist, oder wenn nicht, welche Wege gegangen werden müssen, und zwar in sehr kurzer Zeit, um den gesamten deutschen Preisstand herabzubringen und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

In England hat sich die Inflation zwar preispolitisch noch nicht voll ausgewirkt. Es ist aber anzunehmen, daß dies etwa drei oder vier Wochen nach den Wahlen der Fall sein wird.

Ein Volk wie das deutsche werde jedenfalls nach den Erfahrungen der ersten Inflation eine zweite nicht ertragen können.

Da sich die Einkommen aus Löhnen und Gehältern in Deutschland zu 70 v. H. durch die Faktoren Lebensmittel, Miete und Verkehrstarife zusammensetzen, werden nach den in Regierungskreisen vorherrschenden Ansichten gerade diese Faktoren das Hauptaugenmerk des Wirtschaftsbeirates erfordern.

Aber auch die Schwierigkeiten, die einer Preis- und Tarifsenkung auf diesen Gebieten entgegenstehen, werden dem Wirtschaftsbeirat in ihrem vollen Ernst bewußt werden müssen.

Bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind es zum größten Teil die Handelspannen, die die Preisüberhöhungen verursachen und die seitens des Handels wiederum mit den überhöhten Abgaben an Steuern usw. begründet werden. Eine Senkung der Mieten würde das gesamte Problem der Hauszinssteuer auflösen, die in den Haushalten der Länder und Gemeinden eine schon entscheidende Rolle spielt, aber auch die sehr schwierige Frage des Unterschiedes zwischen Alt- und Neubauten. Bezüglich der Reichsbahnstarife ist bekannt, daß die Einnahmen der Reichsbahn innerhalb von zwei Jahren von 5,3 auf 3,8 Milliarden Reichsmark zusammengeschmolzen sind.

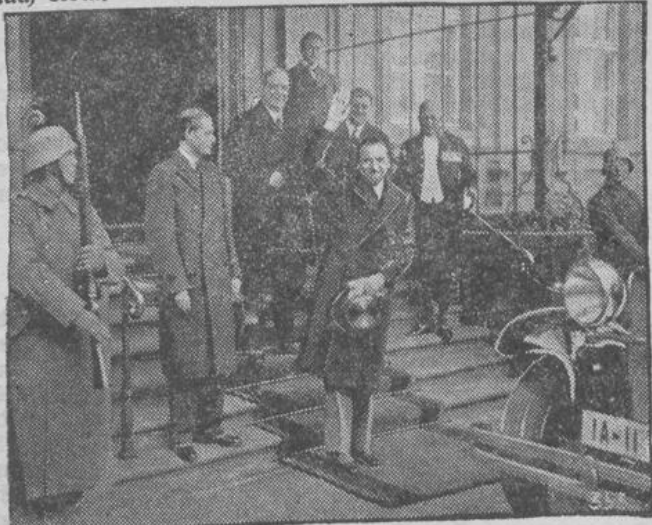
Trotzdem wird eine allgemeine Senkung des Preisstandes an der Preisgebung der öffentlichen Hand nicht vorübergehen können.

Abschluß des Grandi-Besuches.

Berlin, 27. Oktober.

Den Abschluß des offiziellen Teils des Besuchs Grandi's bildete ein Bankett in der italienischen Botschaft. Es nahm deutscherseits auch der Reichskanzler daran teil.

Am Dienstag stattete der italienische Außenminister Grandi in Begleitung des italienischen Botschafters Orfini Baroni und des italienischen Botschaftsrates Cicconardi dem Pergamon-Museum einen Besuch ab. Es folgte ein Besuch mehrerer anderer Museen und des Flughafens. Dienstagabend 10 Uhr erfolgte die Rückreise über München nach Rom.



Grandi bei Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den italienischen Außenminister Grandi. — Unter Bild zeigt Außenminister Grandi beim Verlassen des Präsidentenpalais.

Kein deutscher Reparationsschritt.

Zunächst Verhandlungen zwischen Berlin und Paris.
Berlin, 28. Oktober.

Gerüchte wollen wissen, daß ein deutscher Schritt in der Reparationsfrage bevorstehe, und zwar werde erwogen, die Einberufung des beratenden Sonderausschusses der V. S. zu beantragen. Das ist bekanntlich der im Youngplan selbst vorgeschriebene Weg.

Wie dazu von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, kann von einem solchen Schritt vorläufig garnicht die Rede sein. Natürlich beschäftigt man sich bei den zuständigen Stellen der Wilhelmstraße sehr lebhaft mit dem Ausgang der Washingtoner Besprechungen, aber vorläufig ist noch garnicht abzusehen, wie die Reparationsfrage vorwärts getrieben werden wird. Das Washingtoner Kommuniqué regt die Initiative der europäischen Mächte an, also keineswegs ein Einzelvorgehen Deutschlands.

Zunächst muß man doch auch einmal abwarten, bis Laval wieder in Paris eingetroffen ist; erst dann wird in diplomatischen Verhandlungen, vor allem zwischen Berlin und Paris, das weitere Vorgehen geklärt werden müssen. Wahrscheinlicher als die amerikanische Meldung, daß Laval die Initiative zur Einberufung einer Konferenz ergreifen werde, mehr aber noch neigt man in Berlin der Auffassung zu, daß es schließlich entsprechend der Formulierung des Washingtoner Kommuniqués zu einer gemeinsamen Aktion kommen wird. Nach Auffassung unterrichteter Stellen ist es aber am richtigsten zunächst einmal die Rückkehr Laval's und die sich daran anschließenden diplomatischen Besprechungen abzuwarten. Was vorher über diese Dinge gesagt wird, ist nur als Kombination zu werten.

Die Wahlen in England.

Rekordbeteiligung trotz dichten Nebels.
London, 28. Oktober.

Am Dienstag fanden in England die Wahlen zum Unterhaus statt. In London herrschte dichter Nebel, der den Verkehr in den Vormittagsstunden ganz außerordentlich behinderte. Gegen Mittag waren die Straßen in so tiefes Dunkel gehüllt, daß sogar die Nebelsackeln angezündet werden mußten. Durch die ungünstigen Wetterverhältnisse leisteten auch die Wahlkraftwagen, die Schlepperdienste leisteten, stark behindert, so daß in den Parteibüros bereits mit einem Rückgang der Wahlbeteiligung gerechnet wurde. Späterhin verstärkte sich aber der Zutrom zu den Wahllokalen.

Aus einzelnen Teilen Londons, besonders aus dem Osten, werden Rekordbeteiligungen gemeldet, teilweise 85 v. H., eine für England ungewöhnlich hohe Zahl. Auch in Glasgow und in anderen Industriegegenden des Nordens war die Beteiligung sehr gut. Allgemein nimmt man an, daß die Wahlbeteiligung, die sich im Jahre 1929 auf 78 v. H. stellte, diesmal mindestens ebenso hoch sein wird.

Das gesamte Wahlergebnis ist nicht vor Mittwochabend zu erwarten.

Am Donnerstag erste Kabinettsitzung.

Macdonald hat die Mitglieder der Regierung aufgefordert, am Donnerstag aus ihren Wahlkreisen nach London zurückzukehren, so daß am Nachmittag die erste Kabinettsitzung nach den Wahlen abgehalten werden kann. Wie es heißt, wird das Kabinett bei dieser Gelegenheit verschiedene wichtige Angelegenheiten, vornehmlich außenpolitischer Natur, beraten und die bei Eröffnung des neuen Parlaments zu verlesende Thronrede entwerfen.

Das neue Parlament wird am 3. November zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und als erste Amtshandlung den neuen Sprecher des Hauses wählen. Der Rest der Woche wird hauptsächlich mit der Bereidigung der Abgeordneten ausgefüllt sein.

Linkschwengung in Frankreich.

Der Ausgang der französischen Gemeinde- und Generalratswahlen.
Paris, 27. Oktober.

Das französische Innenministerium veröffentlicht am Montagabend eine genaue Uebersicht über den Ausgang der Gemeinde- und Generalratswahlen am 18. und 25. Oktober. Die äußerste Rechte verliert insgesamt 25 Sitze, d. h. 26,8 v. H. ihrer bisherigen Mandate. Die Marine-Gruppe (republikanisch-demokratische Union) verliert ebenfalls 15 Sitze, d. h. 5,7 v. H. ihrer bisherigen Mandate. Die Linksrepublikaner (Tardieu) haben sich behauptet. Die Unabhängigen Radikalen verlieren 9 Sitze, während die republikanischen Sozialisten und die unabhängigen Sozialisten 10 Sitze gewinnen. Die Radikalsozialisten (Herriot) gewinnen 28 Sitze und die Sozialisten (Blum) 12 Sitze. Die Kommunisten verlieren einen Sitz.

Wenn auch die Gemeinde- und Generalratswahlen nicht von unmittelbarer politischer Bedeutung sind, so wirken sie doch auf die Parlamentswahlen aus und lassen schon jetzt für das kommende Jahr eine Schwengung nach Links voraussehen.

Schiedspruch für die Reichsbahn.

Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages.

Berlin, 27. Okt.

In den Schlichtungsverhandlungen beim Lohnstreit zwischen Reichsbahnverwaltung und Reichsbahnarbeitern ist am Dienstag ein Zwischenchiedspruch gefällt worden.

Der Zwischenchiedspruch verlängert den bestehenden Tarifvertrag mit dem Vorbehalt der Wiederaufnahme der Verhandlungen, nachdem eine Entscheidung gefällt ist in dem zur Zeit schwebenden Lohnstreit zwischen Reich und Reichsbahnarbeitern sowie Reichspost und Reichspostarbeitern. Erst dann soll eine endgültige Vereinbarung oder ein endgültiger Schiedspruch herbeigeführt werden.

Zu dem Schiedspruch wird noch mitgeteilt: Der Schiedspruch für die Reichsbahn steht im wesentlichen die gleich im Anfang des Verfahrens vom Schlichter vorgeschlagene Vertagung vor, jedoch mit der Maßgabe, daß das Tarifverhältnis grundsätzlich verlängert und damit der Arbeitsfrieden zwischen den Parteien bis zur endgültigen Erledigung gewährleistet wird. Er stützt sich darauf, daß die Notverordnungen dem Sinne nach selbst davon ausgehen, daß die Lohnregelungen der anderen öffentlichen Behörden vorweg erledigt werden soll. Da diese anderen Verhandlungen unmittelbar bevorstehen und die Gewerkschaften den Schiedspruch bereits angenommen haben, darf auch wohl mit der Annahme durch die Reichsbahnverwaltung gerechnet werden.

Reichsgewinne aus Münzprägung.

Verstärkte Prägung von Silbermünzen.

Berlin, 27. Okt.

In letzter Zeit hat das Reich, ermächtigt durch eine schon vor Monaten erlassene Notverordnung, nach welcher die auf den Kopf der Bevölkerung bemessene Menge an umlaufenden Münzen von 20 auf 30 Reichsmark erhöht wird, in verstärktem Umfange die Münzprägung aufgenommen. Verstärkt wurde diese Prägung noch durch die Notwendigkeit der Geldbeschaffung zu Zwecken der Stützung der durch die Bankenkrise am meisten betroffenen Banken, vorab der Dresdner Bank. Die Münzprägungen werden für das Reich erhebliche Gewinne ab, und man hofft beispielsweise, von den 300 Millionen ausmachenden 7 prozentigen Schatzanweisungen, die für die vom Reich übernommenen Vorkaufaktien der Dresdner Bank ausgegeben werden sollen, mindestens die Hälfte durch Münzgewinne finanzieren zu können, so daß dem Reich nur etwa 150 Millionen Mark an diesen Vorkaufaktien zu bezahlen bleiben.

Die verstärkte Prägung von Silbermünzen hat, nachdem monatelang eine bis dahin in der Geschichte des Silbers in aller Welt noch nicht erlebte Silberkrise geherrscht hat, neuerdings zu einem verhältnismäßig recht ansehnlichen Anstieg des Silberpreises geführt. In früheren Epochen ist der Verkauf, Silbermünzen in erhöhten Mengen in die Bevölkerung zu bringen, um dafür den Notenumlauf zu begrenzen, nicht immer von Erfolg begleitet gewesen, ja oft war es für die Reichsbank außerordentlich schwierig, ihren Hartgeldbestand auch nur um kleine Mengen zu verringern. Heute sehen wir eine entgegengesetzte Erscheinung. Weitere Schichten der Bevölkerung nehmen das Silbergeld lieber in Zahlung als Banknoten, und dieses Silbergeld wird auch in beträchtlichen Mengen zuhause aufgesammelt. Diese Erscheinungen brauchen aber der Reichsbank um deswillen nicht unwillkommen zu sein, weil dadurch andererseits weniger Banknoten in den Verkehr gegeben zu werden brauchen.

Mit welchen Gewinnen das Reich bei der Silberprägung rechnen kann, mag daraus sich ergeben, daß sich für jede Silbermark bei einem Feingehalt von etwa 2,5 Gramm nach Abzug der Prägekosten ein Uberschuß von etwa 80 bis 85 Pfennigen ergibt. Um die für die Dresdner Bank notwendigen augenblicklichen Aufwendungen zu befriedigen, würde somit die Ausprägung von etwa 175 bis 180 Millionen Mark Silber vollkommen zureichen.

Nächste Woche Sitzung der Reichstagsausschüsse.

Die ersten Reichstagsausschüsse sind jetzt für die nächste Woche einberufen worden. Am Mittwoch, den 4. November, beginnt der volkswirtschaftliche Reichstagsausschuß seine Arbeiten. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge über das Zugabewesen. Am Freitag, den 6. November tritt der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages zusammen. Zunächst werden in diesem Ausschuß Petitionen beraten. Am Montag, den 9. November, wird der Reichstagsausschuß für landwirtschaftliches Siedlungswesen in die Aussprache über die Siedlung am Rande der Großstädte eintreten. Auch der Kriegsschadigtenausschuß ist für die ersten Novembertage eingeladen worden. Weitere Ausschusseinberufungen sind in Vorbereitung.

Die Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstages ist erst Mitte November zu erwarten. Gegenwärtig tagt der Rechnungsunterausschuß, der die Reichshaushaltrechnung des Jahres 1930/31 prüft. Diese Arbeiten werden etwa bis Mitte nächsten Monats zu Ende und im Anschluß daran soll dann der Haushaltsausschuß zusammentreten.

Vorläufig 212 Millionen Reichsmark Reichsbahnanleihe gezeichnet.

Wie aus Berlin gemeldet wird, beträgt das bis zum 26. Oktober, dem Tage des Ablaufes der verlängerten Steueramnestiefrist, festgestellte vorläufige Zeichnungsergebnis auf die neue Reichsbahnanleihe rund 212 Millionen Reichsmark, das sich noch um einige Millionen Reichsmark erhöhen dürfte. Die allgemeine Zeichnungsfrist läuft bekanntlich bis zum 31. Dezember 1931.

Tsiangkaifsch über die Entschliebung des Völkerbundesrates.

General Tsiangkaifsch, der Chef der chinesischen Nationalregierung in Nanking, brückte die feste Überzeugung aus, daß der Völkerbund sein Aushängeschild für die Erhaltung des Weltfriedens tun werde. Die Entschliebung der Ratsitzung bezeichnete er, soweit China in Frage kommt, als nicht vollkommen zufriedenstellend, gab aber zu, daß der Völkerbund in einer äußerst schwierigen Lage sein Bestes getan habe, und daß China in Würdigung dieser Tatsache die Entschliebung annehmen müsse. Warme Worte fand Tsiangkaifsch für die Haltung Brändis und der anderen Delegierten, die sich bemüht hätten, die Gerechtigkeit und den internationalen Frieden hochzuhalten, und äußerte sich auch lobend über die Mitarbeit der Vereinigten Staaten.

Der deutsche und der britische Botschafter in Washington wurden jeder einzeln vom Staatssekretär Stimson empfangen, der mit ihnen das von Präsident Hoover und dem französischen Ministerpräsidenten Laval ausgegebene Komunique diskutierte.

...fertige Mischungen
aus Kathreiner und
Bohnenkaffee gibt's nicht
zu kaufen...

Gerade diese Mischung schmeckt
aber bekanntlich ganz besonders gut.
Also: einzeln kaufen, bitte, und selbst
mischen — es lohnt wirklich!

Aus der Heimat

Mittwoch, den 28. Oktober 1931

Einzahlen, nicht hamstern!

Die Mahnungen, die gegenwärtig an die breiten Schichten des Volkes gerichtet werden müssen, beziehen sich weniger darauf, daß überhaupt gespart werden soll, als darauf, daß sie richtig, vernünftig sparen. In schlechten Zeiten denken die Menschen meist eher an die Sicherung ihrer Zukunft als in guten, und so kann man mit Recht annehmen, daß die Not der Gegenwart für den, der überhaupt noch sparen kann, auch ein genügender Antrieb dazu ist, daß er es tut. Die Tatsache, daß in der ganzen wirtschaftlichen Notzeit seit 1928/29 bis zu diesem Jahr die Spareinlagen immer noch von Monat zu Monat weitergestiegen sind, ist der beste Beweis dafür. Und da die wirtschaftliche Not etwa vor einem halben Jahr oder vor einem Jahr auch nicht wesentlich geringer war als zur Zeit, ist es sicher, daß auch jetzt noch gespart wird. Die Spareinlagen aber gehen trotzdem seit dem Sommer zurück, in der Hauptsache, weil die Einzahlungen zurückgehen. Diese Veränderung der Spareinlagenentwicklung läßt deutlich erkennen, daß nicht überall vernünftig gespart wird. Es wird vielmehr gehamstert; manche Leute zahlen nicht mehr ein oder heben sogar ab, um das Geld zu Hause aufzubewahren. Gerade dadurch aber schaden sie sich am meisten, direkt wie indirekt. Direkt dadurch, daß ihr Geld zu Hause allen möglichen Gefahren ausgesetzt ist, leichter ausgegeben wird und keine Zinsen bringt. Indirekt, weil durch das Hamstern das Geld in seinem befruchtenden Lauf durch die Wirtschaft gehemmt und so die alle beruhigende Wirtschaftsentwicklung und Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Das Geld ist wie eine Maschine, die nur dann Nutzen bringt, wenn sie läuft. Die Spartassen benutzen die ihnen anvertrauten Gelder, um gerade den Klein- und Mittelstand, die Handwerker, Bauern usw. finanziell zu fördern; das sind die breiten Schichten des Volkes. Wenn die Einzahlungen ausbleiben, müssen die Geldinstitute diese Kredite an die Kleinvirtschaft kündigen, um die Auszahlungen befriedigen zu können. Sparen und Einzahlen bei den Spartassen ist also wirkliche Selbsthilfe des Volkes. Darauf will besonders auch der diesjährige Weltspartag hinweisen, er will aufrufen gegen das Hamstern, zum Sparen!

*** Wann ist man nicht arbeitslos? Die Landesarbeitsämter haben Richtlinien zu Paragraph 89a beschlossen und damit die Voraussetzungen festgelegt, unter denen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwirbt oder erwerben kann oder im Betrieb eines Angehörigen mitverwirbt oder mitverarbeiten kann. Für die Landwirtschaft gelten Mindestflächen. Ein Antragsteller ist nicht arbeitslos, wenn sein oder seiner Angehörigen Betrieb die vorgesehene Anrechnungsfläche erreicht. Bei Gewerbebetrieben ist der Unterhaltungsantrag dann abzulehnen, wenn der Betrieb nach Ausdehnung, Umsatz und Ertrag so groß ist, daß Gewerbetreibende der gleichen Art und mit gleich großer Familie tatsächlich den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit damit erwerben oder etwaige Angehörige unter ähnlichen Verhältnissen den erforderlichen Lebensunterhalt in ihm mitverarbeiten können. Kann der Arbeitslose nur einen Teil des erforderlichen Lebensunterhalts erwerben oder mitverarbeiten, so ist die Unterstützung entsprechend zu kürzen. Es ist unerheblich, ob der Antragsteller in häuslicher Gemeinschaft mit dem Betriebsinhaber lebt oder lebt und ob der Wohnort des Antragstellers mit dem Sitz des Betriebes zusammenfällt.

*** Falsche Hundertmarkscheine. Die Behörden sind einer neuen Fälschung der Reichsbanknoten zu 100 Mark auf die Spur gekommen. Der Fälschungsstil ist in der Höhe etwa zwei Millimeter kleiner als der echte. Die Pflanzfasern sind durch Aufbruch violetter Striche vorgefälscht. Das Wasserzeichen ist durch Aufbruch dunkler Farbtöne nachgeahmt. Die Vorderseite macht einen verdächtigten Eindruck. Die Beschriftung ist durch Überzeichnung mit schwarzer Tinte verstärkt und daher auffallend dunkler als die Unterseiten und der Stempel des Reichsbankdirektoriums. Die Rückseite ergibt gleichfalls ein schmutzig-verwischtes Gesamtbild. Die Beschriftung ist außer der Strafandrohung völlig unleserlich und mit Tuschel überzeichnet. Der Wertzeichen „100“ stehen nicht alle in der Mitte ihrer Felder.

Dämon Künstler

Roman von Magda Trott.

Nachdruck verboten.

4 Er soll furchtbar eingebildet sein. Frau Dr. Finkelstein hat er allerlei vorgezwängt, — na, er soll es ziemlich arg getrieben haben.

„Alles sicherlich nur Verleumdung,“ meinte Sigunde. „Mein Schwager hat es doch nicht nötig, den Frauen nachzulaufen. Einem Künstler laufen die Frauen nach, das ist in diesem Falle kein Wunder. Sein Name ist berühmt!“

„Bleibt er lange hier?“

„Nein, er kommt nur zur Hochzeit und fährt am Sonntag wieder ab.“

„Schade,“ sagte Gabriele schwärmerisch. „Ich habe das denkbar größte Interesse für Künstler. Dein Schwager würde mir gewiß auch gefallen.“

„Was sagst du denn eigentlich zu dem Prozeß Silling, Sigunde?“

„Darum kümmern ich mich gar nicht.“

„Mein Bruder hat allen Verhandlungen beigewohnt. Dein Verlobter ist geradezu schneidig. Mir würde ja angst sein, solch einen Mann zu heiraten, der immer nur Verbrecher aburteilen muß. Der Silling soll morgen verurteilt werden.“

„Ich habe mich bisher darum nicht gekümmert.“

„Das ist schade, Sigunde, die Sache ist wirklich interessant.“

„Ich weiß wohl, daß man vor Monaten den Bergmann erschossen hat und daß sein Buchhalter, eben der Silling, verhaftet wurde, weil er den Bergmann niederschloß. — Nun wird er morgen verurteilt.“

Gabriele Tollenborn schüttelte den Kopf.

„So einfach ist die Sache doch nicht, Sigunde. Ich stehe ganz auf Seiten Sillings. Ich hätte es ebenso gemacht, das heißt, Silling behauptet doch, daß er gar nicht der Mörder sei.“

„Das ist alles Unsinn. Man hat doch die Waffe neben ihm gefunden.“

„Das ist alles noch kein Beweis. Silling hat zwar gestanden, daß er den Bergmann, der ihn bis auf Blut peinigte, der ihn aus seinem eigenen Hause werfen wollte, niederschossen würde, wenn er mit seinen Erpressungen nicht aufhöre. Er ist ja auch mit der Waffe in der Hand davongegangen, aber er hat nicht geschossen. Der Schuß ist doch auch von einer anderen Seite her abgegeben worden. Kurzum, ich kann es dem Silling nicht verdenken, wenn er die Tat wirklich beging, denn von diesem Herrn Bergmann erzählt man wahrhaftig nichts Gutes. Er soll einer der übelsten Halsabschneider gewesen sein.“

„So gingen die Meinungen der jungen Mädchen auseinander. Bis Sigunde schließlich sagte:

„Kaffen wir doch die häßliche Mordangelegenheit. Wir haben doch über Besseres zu sprechen. Das alles mag mein Verlobter morgen entscheiden.“

Nachdem man mit dem Betrachten der Hochzeitsgeschenke beschäftigt war, kehrte Staatsanwalt Rechenberg zu seiner Braut zurück und wurde stürmisch von den beiden Freundinnen empfangen. Erst im letzten Augenblick verabschiedete er sich, immer wieder hielt ihn das strahlende Gesicht seiner Braut zurück. Nun aber war es die höchste Zeit, nach der Bahn zu eilen, um Bernhard in Empfang zu nehmen.

2. Kapitel.

Einem Lauffeuer gleich durchfegte die Schreckenskunde die Stadt, flüchtige Bekannte hielten sich an und riefen es einander zu, mitunter schüttelte man den Kopf und meinte, es sei unendlich, es müsse sich um eine Namensverwechslung handeln. Aber schon die nächste Stunde brachte die Botschaft, daß es doch richtig sei, Staatsanwalt Udo Rechenberg habe sich heute morgen erschossen!

Die wahnsinnigsten Vermutungen tauchten auf. Es war bekannt, daß Staatsanwalt Rechenberg am morgigen Tage mit der Tochter des Professors Lambert vor den Altar treten werde. Für heute abend war eine Vorfeier angelegt, zu der kleine Aufführungen geplant worden waren. Alles war auf das Beste vorbereitet und nun

ganz plötzlich diese furchtbare Botschaft: Staatsanwalt Udo Rechenberg hat sich erschossen!

Vor dem großen Gerichtsgebäude standen die Menschen in Gruppen zusammen. Man hatte Näheres über das entsetzliche Ende erfahren und berichtet es den gepaarten Aufhorchenden. Aber selbst diese näheren Mitteilungen brachten kein Licht in das Dunkel, niemand ahnte den Grund, der dem Staatsanwalt die Waffe in die Hand gedrückt hatte.

Was war geschehen?

Der große Prozeß Silling hatte den Zuschauerraum bis auf den letzten Platz gefüllt. Heute sollte das Urteil über den Mörder gesprochen werden. Vergeblich hatte der Verteidiger Sillings darauf hingewiesen, daß die letzten Beweise, daß sein Klient der Täter sei, überhaupt nicht vorhanden waren. Wohl habe Silling zugegeben, daß er seinem Feind draußen im Laubengelände aufgelauert habe, wohl sei er mit der Waffe ausgezogen, aber als er Bergmann vor sich sah, habe er es nicht fertig gebracht, die tödbringende Kugel abzufeuern.

Und doch war Bergmann an jenem Abend im Laubengelände erschossen aufgefunden worden. Herbeilebende Nachbarn hatten Silling ergriffen, der verfürzt in der Nähe des Tportes stand, der laum fähig gewesen war, Worte über die Lippen zu bringen. Erst viel später hatte er ausgefagt, daß er hinter einem Gebüsch einen anderen Mann habe auftauchen sehen, der wahrscheinlich der Täter gewesen sei.

Der Prozeß hatte sich in die Länge gezogen, Belastungs- und Entlastungszeugen waren aufgerufen, aber es war nicht gelungen, die Anschuld Sillings einwandfrei zu beweisen. So hatte heute Staatsanwalt Rechenberg mit flammenden Worten die Verurteilung des Mörders gefordert und hatte fünfzehn Jahre Zuchthaus beantragt, damit das Verbrechen seine Sühne fände.

Die im Zuschauerraum anwesenden Zuhörer mußten zu berichten, daß der Mitte der Bierzig stehende Silling darauf wie vom Schläge getroffen umgefallen sei, worauf man die Verhandlung abbrechen mußte.

(Fortf. folgt.)

Laasphe:

* **Ein Ständchen** aus Anlaß ihres 90. Geburtstages brachte der hiesige Männergesangsverein sowie der Arbeitergesangsverein der Wwe. Roth am gestrigen Abend an ihrer Wohnung, womit beide Vereine der ehrwürdigen Jubilarin eine große Freude und Überraschung bereitet haben.

* **Die Auszahlung der Invaliden- und Unfallrenten** für November erfolgt am Samstag den 31. Oktober von 8-9 an Empfänger mit den Anfangsbuchstaben A-G, von 9-10 an Empfänger mit den Anfangsbuchstaben H-N, von 10-11 an Empfänger mit den Anfangsbuchstaben O-S, von 11-12 an Empfänger mit den Anfangsbuchstaben T-Z.

Wetterausblick für Donnerstag: Ziemlich unbeständiges Wetter bei allmählich ansteigenden Temperaturen zu erwarten.

** **Rüdershausen.** Lehrerverwechsel. Am vergangenen Freitag wurde Herr Lehrer Paul Walter aus Witten-Ruhr, dem mit Wirkung ab 16. cr. die Verwaltung der zweiten Lehrerstelle im Schulverbande Oberndorf-Rüdershausen-Weide übertragen worden ist, durch Herrn Schulrat Brögelmann-Berleburg in sein neues Amt eingeführt. — Am 31. Dez. v. Js. verließ Herr Lehrer Heidschöter unseren Schulverband, um die Lehrerstelle in Sassenhausen zu übernehmen. Sein Nachfolger wurde der Schulamtsbevorzugte Herr Wilhelm Schömann aus Schnaphorst bei Eßne, der aber bereits am 31. März cr. wieder abgebaut wurde. Vom 1. April bis 15. Oktober cr. war Herr Lehrer Wilhelm Brummert aus Dortmund-Marten hier als Lehrer tätig, dessen Lehrauftrag infolge des letzten Abbaues von der Regierung in Alnsberg zurückgezogen wurde. So haben die Kinder unserer Schule innerhalb Jahresfrist vier verschiedene Lehrer gehabt! Hoffentlich hat der Lehrerverwechsel nun sein Ende erreicht!

Erndtebrück:

Etwas vom Sport. Wenn man die 30. oder die Mitte der 30er Jahre erreicht oder gar überschritten hat und als ehemaliger Turner seit Jahren der praktischen turnerischen Betätigung entzogen ist, merkt jeder am eigenen Leibe, daß die einstige turnerische Beweglichkeit und Spannkraft ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Diese Wahrnehmung hat auch die „Alte Herren-Mannschaft“ des Turn- und Sportvereins veranlaßt, wieder in die Kampfbahn zurückzutreten und im friedlichen Wettbewerbs ihre Kräfte zu messen. Ihr Auftreten am vorigen Sonntag entsprang nicht so sehr dem Wunsche, vor der Öffentlichkeit eine Probe ihres Könnens abzulegen, als dem Bestreben, neue Freunde für ihre sportlichen Bestrebungen zu gewinnen. Das wird ihnen leicht auch gelungen sein und die neuen Anregungen, die sie schöpften, wird ihre eigene Betätigung günstig beeinflussen. Wenn dann in Zukunft eine weitere Anzahl derer, die in der Blüte der Jahre stehen, ihrem Beispiel folgen, ist der Erfolg ein doppelt begründeter. Dem deutschen Nachwuchs sind auf dem Gebiet der körperlichen Erleichterung durch den Verfall der Vertrag enge und fest umrissene Grenzen gezogen, so daß es bisweilen den Anschein hat, als ob auf diesem bescheidenen Betätigungsfeld des Guten zu viel getan werden könnte. Wir übersehen bei dieser Beurteilung nur zu leicht, daß es sich bei alledem nur darum handelt, für die einstige militärische Erleichterung einen Ersatz zu schaffen. Wir sagen bewußt „etwasigen“ Ersatz, denn was mit dem Verlust der militärischen Ausbildung verlorengegangen ist, ist auf sportlichem Gebiet nie ganz zu ersetzen. Auch die körperliche Berufstätigkeit, mag sie noch so anstrengend sein, ist der körperlichen Erleichterung durch Sport nicht gleich zu achten. Es ist daher ein vollkommen schiefes Urteil, wenn behauptet wird, körperliche Berufstätigkeit erlähme den Sport. Wenn wir einen Blick tun in die Sportbewegung anderer Nationen, so müssen wir feststellen, daß deren sportliche Betätigung trotz erhöhter militärischer Ausbildung die unserer weit übertrifft. Haben wir daher nicht umso mehr Veranlassung, die Bewegungsmöglichkeit reiflos auszunutzen, die uns die Fesseln des Versailler Vertrages gestatten? Wer diese Frage verneint, dem fehlt der Blick für die lebenswichtigsten Belange einer 60 Millionen-Nation. Während heute dank der unermüdeten Arbeit der Deutschen Turnerschaft Leibesübungen in erfreulichem Umfange betrieben werden, findet der Schießsport eine kaum nennenswerte Beachtung. Auch auf diesem Gebiet sind uns andere Nationen weit voraus. Es ist daher nur zu begrüßen, daß Krieger- und Schützenvereine und besonders auch die Rhythmusjugend diesem Sport in neuester Zeit erhöhte Aufmerksamkeit widmen. Die Zeit wird einmal wiederkommen, daß unsere Kriegervereine ihre letzte Plakpatrone zu Ehren ihrer gefallenen Kameraden verschossen haben und wieder im Gleichschritt zur Gedächtnisfeier unserer gefallenen Helden marschieren dürfen. Dann wird es gut sein, wenn Deutschlands Jugend auch scharfe Munition zu handhaben versteht. Freuen wir uns daher der sportlichen Betätigung deutscher Männer und Jünglinge und halten wir es mit den Worten unseres Turnvater Bach:

Unserer Sprache, unserer Sitte;
unseren Taten bleiben wir treu.
Wir stehen in unseres Volkes Mitte,
was unser Schicksal immer sei!
Denn der uns ehrlich deutsch gemacht,
Gott, will, daß deutsch wir bleiben!

Aus Nah und Fern.

— **Eibelshausen.** Blumper Betrug eines Händlers. Im Juli d. Js. wurde der Mühlenbesitzer Seibel in Göttingen (Kr. Marburg) von einem angeblichen Mühlenbesitzer Geiß aus Eibelshausen telefonisch angerufen und um Lieferung von 20 Sackern Weizenmehl, 5 Sackern Roggenmehl, 3 Sackern Mischfutter und 2 Sackern Hafer im Werte von rund 1000 Mark gegen Barzahlung gebeten. Die Lieferung kam bei der in Aussicht gestellten Barzahlung sofort zustande, wobei man noch vereinbarte, daß Seibel die Ware bis auf die Landstraße zwischen Buchenau und Eibelshausen bringen sollte, wo sie von einem Fahrzeug des Geiß übernommen würde. An der vereinbarten Stelle trafen auch die beiden Fahrzeuge zusammen, Mehl und Futtermittel wurden auf ein Lastauto umgeladen und dem Fuhrmann der Seibel'schen Mühle ein verlegelter Brief mit der Aufschrift „Inhalt 1000 Mark“ übergeben, nachdem der Abnehmer der Ware noch einen Lieferchein mit unleserlicher

Unterschrift versehen hatte. Als der Knecht den Wertbrief abends seinem Herrn übergab, mußte dieser zu seinem Erstaunen feststellen, daß der Inhalt aus zehn Inflationshundertscheinen bestand. Glücklicherweise hatte sich der Knecht Nummer und Aufschrift des Lastkraftwagens gemerkt, dessen Besitzer, Schmidt aus Engelbach, am nächsten Morgen aufgesucht wurde. Nun war es nicht mehr schwer, den Schwindler festzustellen. Es handelte sich um den Händler Gr. aus Wallau, der Mehl und Futtermittel teils auf dem Bahnhof Wallau, teils bei seinem Hause abgeladen hatte. Gr. gestand, als man ihn aufsuchte, auch gleich seinen Betrug ein und gab vorgestern vor dem Marburger Schöffengericht an, daß er in größter wirtschaftlicher Notlage auf diese betrügerische Weise versucht habe, Ware zu erhalten. Den Namen des Mühlenbesizers Geiß in Eibelshausen hatte er irgendwo erfahren und ihn dann am Telefon angegeben, da sein eigener Name keinen Kredit mehr besaß. Trotzdem der Angeklagte schon mehrfach einschlägig vorbestraft ist, ließ das Gericht infolge seiner wirtschaftlichen Notlage Milde walten und erkannte auf 3 Monate Gefängnis. Nach Verbüßung von einem Monat tritt dreijährige Bewährungsfrist ein. Mehl und Futtermittel konnten bis auf wenige Pfund dem Betrogenen zurückgestellt werden.

— **Dillenburg.** Falschgeldhersteller? Wie kürzlich gemeldet, ist die Landesstriminalpolizei mit der Aufklärung einer Falschgeldangelegenheit in dem Kreisort Straßersbach beschäftigt. Unter dem Namen Herlin aus Frankfurt a. M. hatte sich in einem Gasthaus in der Ortschaft Bergebach ein etwa 30 Jahre alter Mann eingemietet, der angeblich von Beruf Kunstmalers und Fotografen zu sein und in der dortigen Gegend ein Atelier eröffnen zu wollen. Da in Bergebach kein Raum für Errichtung eines Ateliers vorhanden war, mietete der angebliche Herlin in Straßersbach eine Werkstatt. Durch Zufall konnte festgestellt werden, daß sich Herlin mit der photographischen Aufnahme von Banknoten beschäftigte, was den Verdacht aufkommen ließ, daß die Vorbereitungen zur Herstellung von Falschgeld getroffen werden sollten. Man benachrichtigte die Landesstriminalpolizei in Frankfurt, die Beamte des Falschgeldbezirks nach Straßersbach entsandte. Die näheren Feststellungen ergaben, daß ein Falschgeldschein photographiert worden war. Die Platte und der Photopapier wurden beschlagnahmt. Der Verdächtige hatte inzwischen von dem Eingreifen der Polizei Kenntnis erhalten und das Weite gesucht. Die Kriminalpolizei ist der Ansicht, einem Falschgeldmünzer auf die Spur gekommen zu sein und fahndet eifrig nach dem Ausreißer. Möglicherweise steht Herlin auch in Verbindung mit der aufgedeckten Falschgeldaffäre in Frankfurt a. M. Dahingehende Ermittlungen schweben noch.

Zuchthaus für einen „Schmerz“. In Oberstdorf hatten die beiden Kraftfahrer Raver Mathes und Emil Fischer im August d. J. nach ziemlich starkem Alkoholgenuss von den Feldern z. B. 150 mit Heu behangene Gestelle ausgerissen und zu 80 Stück davon auf die Eisenbahnschienen gelegt. Der Abendgüterzug passierte bald darauf die Strecke, glücklicherweise ohne daß etwas passierte. Nach Ansicht der Sachverständigen hätte jedoch leicht ein Unglück eintreten können. Das Gericht in Kempten verurteilte wegen Sachbeschädigung und Eisenbahntransportgefährdung Mathes zu einem Jahr, Fischer zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus.

Diebstahl durch diebstahlige Bahnstationen. — Zwei Todesopfer. In der vergangenen Nacht durchbrach zwischen den Bahnhöfen Düren und Langerwehe der Kraftwagen einer Hamburger Firma die geschlossene und beleuchtete Schranke und wurde von einem Personenzug erfasst. Der Wagenlenker wurde schwer verletzt. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Sein ihn begleitender 60-jähriger Vater war sofort tot.

Einbrecher auf der Flucht erschossen. In Birkenwerder wurde ein Einbrecher, als er wegen eines Diebstahls in Hofneuenhof zum Polizeigefängnis übergeführt werden sollte, bei einem Fluchtversuch erschossen. Es handelt sich um einen Arbeiter namens Rehsfeld.

Aus Unvorsichtigkeit den Bruder erschossen. Der 17-jährige Sohn des Landwirts Bruno Scharnagel in Rohrbach bei Rennerthshofen hatte sich aus der Kammer des Vaters ein Flobergewehr geholt, mit dem er in Gegenwart seines siebenjährigen Bruders hantierte. Plötzlich trafe ein Schuß, der den Kleinen traf und auf der Stelle tötete.

Zahlungseinstellung einer Privatbank. Das Bankgeschäft Nikolaus Koch, Kommanditgesellschaft in Augsburg, hat sich genötigt gesehen, die Zahlungen einzustellen. Nach Angabe der Firma liegt der Grund der Zahlungseinstellung vor allem in der während der letzten Monate immer mehr in Erscheinung getretenen katastrophalen Entwicklung des deutschen Kapital- und Geldmarktes und in der damit verbundenen allgemeinen Vertrauenskrise.

Mutterliebe rettet den Sohn aus der Fremdenlegion. Die Rentempfängerin Anna Wild in Hallbergmoos, deren 17-jähriger Sohn sich zur Fremdenlegion hatte anwerben lassen, reiste, nachdem alle Versuche, den jungen Mann freizubekommen, vergeblich waren, selbst nach Afrika, um bei dem Kommandanten des 2. Regiments in Saïda die Freilassung ihres Sohnes zu erwirken. Die in dürftigen Verhältnissen lebende Frau hatte zu dieser Reise ihre letzten Spargroschen verwendet, sprach in Saïda beim Regimentskommandeur persönlich vor und klagte ihr Leid. Der Oberst, der zu einer Lösung des Dienstvertrags nicht befragt war, ließ sich schließlich dazu erweichen, dem Legionär einen vierwöchigen Urlaub zu erteilen, um ihm so schicksalweisend die Möglichkeit zu geben, in die Heimat zu kommen.

Internationaler Hoteldiebstahl. In einem Berliner Hotel wurde ein Mann beobachtet, als er durch verschiedene Stadtwerte schlich, um die Gelegenheit zu einem Einbruch auszunutzen. Er wurde festgenommen und als ein langgeachteter Mexikaner ermittelt, der stets unter verschiedenen falschen Namen auftaucht. Er hatte erst kürzlich einem Kaufmann in einem Hotel am Anhalter Bahnhof 2000 Mark gestohlen.



Eine gute Nachricht:

Jede Umhüllung eines MAGGI-Suppen-Würfels gilt - auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist - als 1 Gutschein.

Zwei Arbeiter durch heißen Dampf getötet. In der Bierbrauerei Lutterbach in Mülhausen (Elsaß) wurden durch Plagen eines Dampfrohres und Ausströmen heißen Dampfes zwei Arbeiter so schwer verletzt, daß sie trotz sofortiger ärztlicher Hilfe starben.

Gandhis Stimme im Grammophon. Der zurzeit in London weilende Führer der indischen Freiheitsbewegung, Mahatma Gandhi, hat für eine Grammophon-Gesellschaft eine Platte gesprochen und hierfür das höchste je von der Gesellschaft bezahlte Honorar erhalten. Da Gandhi aber jeden persönlichen Besitz ablehnt, ist das Geld einer Wohltätigkeitsanstalt überwiesen worden.

Zusammenstoß englischer Militärflugzeuge. Zwei Militärflugzeuge stießen bei Tidworth (Westshire) in der Luft zusammen. Drei Insassen wurden getötet. Ein Mechaniker rettete sich durch Fallschirmabsprung.

Neuer Rekordflug England-Australien. Der englische Fliegerleutnant Hamilton und sein Bruder sind vom Flugplatz Lympne in einem Kleinflugzeug nach Australien abgeflogen. Sie beabsichtigen, den Rekord England-Australien zu brechen.

Der Verbrecherkönig Capone zu Gefängnis verurteilt. In Chicago wurde der bekannte Unterweltkönig Al Capone wegen Verletzung der Einkommensteuergesetze zu 11 Jahren Gefängnis und 50 000 Dollars Geldstrafe verurteilt. Seine Verteidiger beabsichtigen, bei dem Bundesgericht in Washington Berufung einzulegen.

Vom „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 28. Okt. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hatte auf seiner Rückfahrt von Pernambuco am Dienstag mit schweren Gegenwinden zu kämpfen. Trotzdem verlief die Fahrt zufriedenstellend und ohne Zwischenfall. Dienstagabend erreichte das Luftschiff den Golf von Biscaya.

Gedächtnisfeier für die verunglückten Katapultflieger der „Bremen“.

Bremerhaven, 28. Okt. Anlaßlich der Ueberführung des tödlich verunglückten Piloten Simon, der zusammen mit seinem Kameraden Wagenknecht kurz vor dem Ziele in der Cobequid-Bucht abstürzte und den Tod fand, fand am Dienstag an Bord des Dampfers „Dresden“ eine Trauerfeier statt. Präsident Dr. h. c. Heinemann vom Norddeutschen Lloyd gedachte mit tiefgefühlten Worten des tragischen Schicksals der beiden Flieger. Nach ihm nahm Direktor Milch von der Deutschen Luftfahrt das Wort und gelobte den beiden Kameraden die gleiche Treue, die sie ihrem Beruf mit dem Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit und ihres Lebens bewahrt hätten.

Unruhen in Indien.

Raubüberfälle und Morde.

London, 27. Okt.

Nach Meldungen aus Indien hat sich die Lage in Birma, wo seit vielen Monaten Rebellionen gegen die englischen Behörden an der Tagesordnung sind, noch nicht beruhigt. Eine beträchtliche Anzahl von Rebellen ist gefangen genommen worden, darunter drei angeführte Führer, die nicht unter die allgemeine Amnestie fallen.

In den Thajetmon- und Prome-Distrikten sind Raubüberfälle noch sehr häufig und nehmen schärfere Formen an. In einem Falle wurden vier Frauen und ein alter Mann ermordet und über dreißig Häuser niedergebrannt. Im Prome-Distrikt überfielen 15 Rebellen in Uniform einen Blinden in der Nähe der Pagode und ermordeten ihn, weil er für den Frieden gebetet hatte und die Rebellen zur Uebergabe überreden wollte.

Künstliche Ventilation im Wespennest.

Schutz der Brut vor zu großer Wärme.

Ueber ein sehr interessantes Experiment, das die biologische Bedeutung der Wärmeregulation bei unseren sozial lebenden Hautflüglern erkennen läßt, berichtet Dr. A. Steiner. Der Forscher legte seinen Untersuchungen das Nest der Feldweisse zugrunde, das hüllenlos und sonnengelegen, zunächst eine Nesttemperatur zeigte, die vollständig den äußeren Bedingungen zu entsprechen schien: In der Zeit der intensivsten Sonnenbestrahlung nahm es eine höhere Temperatur an, um allerdings nach dem Aufhören der Sonnenstrahlung sich ebenso schnell wieder abzukühlen. Das Bild änderte sich doch, sobald das Nest auf 35 Grad erwärmt ist. Bei einer weiteren Steigerung der Außentemperatur geht das Nest seinen eigenen thermischen Weg; mit den verschiedensten Mitteln wird verhindert, daß die Temperaturzone von 34-37,5 Grad überschritten wird. In den angelegtesten Versuchen wurde an sechs aufeinanderfolgenden Sonnentagen eine mittlere Nesttemperatur von 35,4 Grad, die dem Entwicklungsoptimum der Brut zu entsprechen scheint, festgestellt, während die Durchschnittstemperatur eines leeren Kontrollnestes unter gleichen Umständen 47,47 Grad betrug.

Die Mittel für diese Regulation bestehen in einer Verbindung von Wassereintragen und gruppenweisem Fächeln. Die Menge des von einer Weisse in einer Stunde auf etwa 90 Flügen eingetragenen Wassers betrug 3,2 Kubikzentimeter, die dadurch der Umgebung entzogene Verdampfungswärme 1831 Gramm-Kalorien, so daß damit die in den Steiner'schen Experimenten nachgewiesene Senkung der Nesttemperatur um 12 Grad physikalisch vollaus verständlich ist. — Diese wärmeregulierende Fähigkeit der Feldweisse, die auch den anderen sozial lebenden Insekten zukommt und nach den neuesten Arbeiten Armbrusters und anderer Forscher die höchste Ausbildung bei den Honigbienen aufweist, steht ausschließlich im Dienste der Brutpflege: Erzeugung und Erhaltung des Entwicklungsoptimums bestimmt das Verhalten der Einzelwesen in jedem Wespennest!

Dr. L. C.

Ausgleichskassen.

Von geschätzter Seite erhalten wir als Antwort auf den in Nr. 249 unseres Blattes veröffentlichten Artikel „Die Ausgleichskasse“ die nachstehenden Ausführungen, entnommen den „Blättern für Genossenschaftswesen“, die wir, getreu unserm Grundsatz „Man höre auch den andern Teil“, hiermit zum Abdruck bringen. Schriftl.

Wie alle Perioden des, geglaubten oder wirklichen, Unter-ganges einer geschichtlichen Epoche ist auch unsere Zeit ein Tropfenfüßling für, echte und falsche, Propheten und für „Erfinder“, für Schwärmer und Abenteuerer, für Scharlatane und Kurpfuscher.

Um das Jahr 1000 ging es um religiöse Fragen, um das Weltende und das jüngste Gericht. Vor 100 Jahren beherrschten von Owen bis Proudhon die sozialen Propheten das Feld. Heute in dem Todessturm einer alten und in den Geburtenstößen einer neuen Wirtschaftsepoche tummeln sich die Verführer wirtschaftlicher Heilslehren. Sozialen Mächten gleich wollen sie das Gold „erzeugen“, die Währung auf andere, auf Sachwerte gründen. Sie wollen das Kapital von seinem Thron stoßen, die Zinsnechtigkeit brechen, indem sie den Zins abschaffen. Ohne Gold und ohne Zins soll die neue Wirtschaft sich auf „echte“ Werte, auf Sachwerte und auf Arbeit, stützen.

Wir haben heute große und kleine Propheten; aber auch die kleinen und kleinsten wollen „aufs Ganze“ gehen, wollen alle Wirtschaftsnöte beheben und daneben noch die drängenden sozialen Fragen, unter ihnen die schwerste und drohendste, die Arbeitslosigkeit, lösen.

Spielte schon in die Baupartassensbewegung der Gedante des „zinslosen“ Kredits hinein, so baut sich eine in letzter Zeit von Schleswig-Holstein ausgehende Bewegung ausschließlich auf den Gedanken des „zinslosen Kredits“ auf und verbindet ihn mit den anderen Gedanken des „bargeldlosen“ Zahlungs- und Kreditverkehrs. Es sind dies die Ausgleichskassen, deren erste am 25. Juni d. J. in Rendsburg, in der Form einer e. G. m. b. H., errichtet worden ist.

Die Bewegung entspringt dem Gedankenkreis des volks-deutschen Schriftstellers Dr. Otto Didel in Augsburg, in dem seine Befürworter den Schöpfer einer deutschen Volkswirtschaftslehre sehen. Einer seiner Jünger und Mitarbeiter, Dr. Herpel von Hamburg, hat bei der Gründung der Rendsburger Ausgleichskasse eine Rolle gespielt und ist der Wortführer der neuen Bewegung. So in einem Aufsatz „Kreditbeschaffung durch Ausgleichskassen“ in der Nordwestdeutschen Handelsverzeitung. Der Gedanke hat weit über Rendsburg hinaus Aufmerksamkeit erregt, namentlich in den Kreisen des gewerblichen und ländlichen Mittelstandes.

Ihnen sollen, nach dem Willen der Gründer, die Ausgleichskassen Rettung aus wirtschaftlicher Not durch breite und zinslose Kredite wie durch Beschaffung von Arbeit und Verdienst durch Förderung des Gemeindefortes bringen. Gleich wie die erste Ausgleichskasse als Genossenschaft gegründet ist, so sieht ihr Führer, Dr. Herpel, in ihr einen neuen Zweig des allgemeinen Genossenschaftsgedankens, aus gleicher Wurzel entsprossen wie die Kreditgenossenschaften Schulze-Beckische und Raiffeisens. Nur, daß sie nicht wie diese „von dem in Geldform vorhandenen Volksvermögen“, von den Spareinlagen, ausgehen, sondern von „Sachwerten“, welche „Sachwerte“ es sein sollen, sagt Herr Dr. Herpel nicht. In den Geschäftsbedingungen der Rendsburger Ausgleichskasse wird darüber das folgende gesagt: „Der Antrag auf Einräumung eines Ausgleichskredits muß enthalten: Angaben über die dem Antragsteller zur Verfügung stehenden Sicherheiten mit den nötigen Unterlagen zur Verwertung.“ In den Bestimmungen über die Handhabung des Ausgleichsverkehrs heißt es: „Die Darlehensnehmer müssen bankmäßige Sicherheiten für die Darlehen stellen. Bürgschaftsdarlehen sind unzulässig. Körperschaften des öffentlichen Rechts — in erster Linie wohl Gemeinden — können als Sicherheiten auch Schuldverschreibungen in gleicher Höhe des Darlehens hinterlegen. Außerdem auch solche ihnen zustehende Forderungen, die im allgemeinen nicht als bankmäßige Sicherheiten gelten, wenn sie darüber hinaus eine Ausfallbürgschaft für jeden einzelnen Fall übernehmen.“ Weitere Mittel, und zwar — ein Bruch im System und eine Konzeption an die Wirklichkeit —, in Form von barem Geld sollen die Ausgleichskassen bei Einzahlungen auf den Geschäftsanteil von 200 RM., oder durch Bareinzahlungen auf Ausgleichsrechnung erhalten. Soweit unterschiede sich eine Ausgleichskasse nicht wesentlich von einer anderen Kreditgenossenschaft, die ihr Kreditgeschäft ebenfalls auf der Grundlage „bankmäßiger Sicherheiten“ betreibt. Auch darin gleicht eine Ausgleichskasse einer normalen Kreditgenossenschaft, daß auch sie die Pflege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auf ihre Fahne geschrieben hat.

Wozu dann die Gründung neuer Kreditinstitute, wenn die alten das wirtschaftlich Notwendige und Altbewährte im Kredit- wie im Zahlungsverkehr in wesentlichem Rahmen auf Grund einer gut ausgebauten Organisation, gerade auch im Giroverkehr, seit Jahren und Tagen erfolgreich betreiben? An Systemen und Organisationen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben wir von der Reichsbank an bis zu dem Giroverkehr der Sparkassen und Genossenschaften schon genug — vielleicht mehr als genug. Nicht weitere Zersplitterung, sondern Vereinigung ist auf diesem Gebiete die Aufgabe.

Die Ausgleichskasse will aber über den Rahmen des alten, bewährten und wirtschaftlich Vernünftigen hinaus ein anderes. Sie will neben dem „bargeldlosen“ Zahlungsverkehr den bargeldlosen Kredit, und zwar als zinslosen Kredit neu einführen. Das ist das „Neue“, die „Erfindung“, die, ein wirtschaftliches „perpetuum mobile“, die Wirtschaft ohne Geld in Bewegung setzen und halten soll. Prüfen wir sachlich und gründlich, ohne an die Regel zu denken, daß in so vielen Fällen das gute alt und das neue falsch sei, die wirtschaftlichen Grundlagen dieser „Erfindung“. Die Ausgleichskasse gibt grundsätzlich keine Gelddarlehen, sondern stellt die Kredite den kreditnehmenden Mitgliedern ausschließlich in der Form von „bargeldlosen Buchkrediten“ zur Verfügung. Ueber diese Kredite kann der Kreditnehmer niemals durch Darabhebungen, sondern ausschließlich durch Ueberweisungen innerhalb des Ausgleichsverkehrs stehenden Ausgleichskassen verfügen. Nur als Ausnahme kann über einzelne Posten der Ausgleichsrechnung, die aus Bareinzahlungen entstanden sind, unter gewissen Voraussetzungen (jeweils 3 Monate nach Utschüttung und je nach dem Stand der vorhandenen Darlehen der Ausgleichskasse) in bar verfügt werden. In

der Regel ist der Kreditnehmer für die Ausnutzung seines Kredits auf den engen Teilnehmerkreis der Ausgleichskasse beschränkt. Mit anderen Worten: Die Ausgleichskasse stirbt an Inzucht, wenn es nicht gelingt, den Teilnehmerkreis zu erweitern. Dr. Herpel spricht daher davon, daß „die Frage, inwiefern die Kredite tatsächlich zur Bezahlung von Verpflichtungen benutzt werden können, eine Frage des Vertrauens und der Gewöhnung, aber auch der entsprechenden Aufklärung in den in Frage kommenden Kreisen“ sei. Er behauptet, „daß ihm bereits bindende Erklärungen vorliegen, Ueberweisungen der Ausgleichskasse als Zahlung anzuerkennen“. Dabei soll es sich nicht nur um kleine Summen handeln, die Bittenden gingen bereits in die Hunderttausende. Herr Dr. Herpel wird gestatten müssen, daß man hinter diese Behauptung einen ganzen Haufen von Fragezeichen macht. Zunächst sei aber Kritik beiseite gelassen. Die Wortführer der Ausgleichskassen sind gezwungen, soll sich nicht ihr Gedanke im engsten Kreis toilaufen, Propaganda zu machen und Gläubige zu werben. Dafür benötigen sie zwei Werbemittel: einmal die Zinslosigkeit ihrer Kredite, zum anderen eröffnen sie weitere Wege für die Auswertung der Kredite, indem sie neben der Verfügung im bargeldlosen Ueberweisungsverkehr eine Verfügungsmöglichkeit durch bestätigte Ausgleichsschecks zulassen. Die Schecks sind ausschließlich der Reichsmarkbeträge vorgebrucht und in feste Beträge von 3, 10, 30 und 60 RM. gestuft. „Sie können von jedermann jederzeit bei der Ausgleichskasse zur Utschüttung auf Ausgleichsrechnung eingereicht werden. Bareinzahlung findet in keinem Fall statt.“

Diese bestätigten Ausgleichsschecks sind — ich lasse dabei die kritische Frage der Rechtsnatur und der Wertungsmöglichkeit von bestätigten Schecks ganz außer Betracht — Geldersatz, sie sind Geld, d. h. Zahlungsmittel beschränkter und daher geringer Wertes. Den Wunderdoktoren der Ausgleichskassen passiert das tragikomische, aber naturnotwendige Mißgeschick, daß sie den Teufel Geld austreiben wollen und daß sie dafür zur Hintertür den Beelzebub „bestätigten Ausgleichsschecks“ hereinlassen müssen.

Damit ist das Wesentliche an dem „Neuen“ der Erfindung „Ausgleichskasse“ dargestellt. Alles übrige ist Technik. Für das System sind diese drei Dinge entscheidend: 1. Bargeldloser Kreditverkehr, 2. zinsloser Kredit und 3. Ausnutzung des Kredits durch Ueberweisung oder durch Ausgabe von bestätigten Ausgleichsschecks. Dazu sei nur einiges wenige grundrisslich kritisch gesagt. Ein Mehr ist wohllich überflüssig.

Bargeldloser Zahlungsverkehr ist wirtschaftlich vernünftig. Er ist aber, wie vorher schon erwähnt, bereits organisatorisch und technisch allgemein und in verschiedenen Formen brauchbar durchgeführt. Neue Ueberweisungssysteme sind überflüssig und können durch Zersplitterung nur schädlich wirken.

Bargeldloser Kreditverkehr ist theoretisch im engsten Kreis denkbar. Praktisch durchgeführt ist er bisher nur in Spielclubs, wo Streichholz, Spielkarten, beschriebene Zettel und Visitenkarten in Zahlung genommen und als Krediturkunden anerkannt werden. Jenseits der Grenzen des Spielkreises sind sie aber nichts anderes als Streichhölzer, Spielkarten, beschriebene Papierzettel ohne Wert. In der allgemeinen Wirtschaft wäre bargeldloser Kreditverkehr, so wie er auf den engsten, übersehbaren Teilnehmerkreis beschränkt bliebe, daher eine Spielerei, aber keine Gefahr. Sobald er aber in die Breite würde, würde er zu einer schweren Gefahr. Zunächst für die unmittelbar Beteiligten, dann aber auch für die Gesamtwirtschaft. Der bargeldlose Kreditverkehr würde mit seiner Verbreitung zu einer immer unübersehbaren Kette von papierernen Verpflichtungen und Forderungen werden. So wie sie reißt durch das Versagen irgend eines Kettengliedes, ist alles ein unentwirrbarer Knäuel. In anderen Fällen heißen den letzten die Hunde, im zusammengebrochenen bargeldlosen Kreditverkehr wären aber alle zugleich Hunde und Geißeln.

Die Gefahr vergrößert sich über den Kreis der unmittelbar am Ausgleichsverkehr Beteiligten, so wie der „bestätigte Ausgleichsscheck“ Verbreitung fände. Im engen Kreis beschränkt sich sein Schaden auf die Nachbeteiligten, die für die Ausgleichsschecks Abnehmer und Käufer suchen und ein Disagio in Kauf nehmen müssen. Gehen aber die Ausgleichsschecks, wogegen freilich alle Gründe sprechen, weitere Verbreitung, dann wirken sie als Geldersatz, als Zahlungsmittel minderer Ordnung inflationistisch. Als Sonderwährung, dazu primitiver Art, wären sie „schlechtes, ja schlechtestes Geld“ mit allen schädlichen Wirkungen für die Nachbeteiligten, die mit diesem Geldverfälscher arbeiten, wie für die Volkswirtschaft. Eine Sonderwährung ist ein Widerspruch in sich. Denn Währung ist das, was allgemein gilt, sich allgemein behauptet und allgemein vertretbar ist. Das ist der Vorzug der Goldwährung, einmal wegen des Metallwertes des Goldes, und dann, weil die Goldwährung die Währung des europäischen-amerikanischen Wirtschaftsraumes ist. Gegen diese privat- und volkswirtschaftlichen Schwächen, Schäden und Gefahren spielt die Frage der Zinslosigkeit der Ausgleichskassenkredite nicht die geringste Rolle. Dabei bleibe ganz unerörtert, ob „Zinslosigkeit“ überhaupt privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich nützlich, gerecht und möglich wäre, und weiter die andere Frage, ob die Ausgleichskassen dieses Versprechen der Zinslosigkeit überhaupt aufrechterhalten können. Alles in allem: Die Ausgleichskassen bleiben, was das Wahrscheinliche ist, nur eine auf einen engsten Kreis von Gläubigern, Gläubigern und Schuldern beschränkte Spielerei, deren Schaden sich auf den Kreis der Nachbeteiligten, um nicht zu sagen der Vereingefallenen, beschränkt, oder sie trügen bei zu einer schweren volks- und privatwirtschaftlichen Gefahr als Mittel einer Kredit- und Zahlungsmittelinflation.

Die Ausgleichskassen sind nicht Organisationen einer fruchtbaren Selbsthilfe. Sie gleichen dem Versuch Münchhausens, sich an seinem eigenen Hofs auf dem Sumpf zu ziehen. Wenn sich aber noch so viele Münchhausens zusammen, um sich an ihren eigenen Söpfen aus dem Sumpf zu ziehen, so ist das nicht Selbsthilfe, sondern aus einer Münchhausiade wird eine Narrretei und ein schwerer Schaden.

Stein.

Wissen Sie das?

Die Gabel haben wir erst seit dem 16. Jahrhundert im Gebrauch, als Messer und Löffel längst bekannte Dinge waren, führten die vornehmen und geringen Leute die festen Speisen noch mit den Fingern zum Munde; die Gabel als Eßgerät kam im Zusammenhang mit italienischen Tischsitten aus Südamerika zu uns.

Fischereiverpachtung.

Die Fischerei in der Ilse, der Lahn von der Brücke in Feudingen abwärts bis an die Gemarkungsgrenze Bernershausen, der Drehbach innerhalb der Gemarkung Feudingen, der Steinbach und der Holzhausen innerhalb der Gemarkung Sackmannshausen, soll am **Donnerstag den 5. November, nachm. 3 1/2 Uhr** in der Gastwirtschaft Dörz in Feudingen auf 6 Jahre öffentlich meistbietend einzeln verpachtet werden.

Wittgenstein, den 26. Oktober 1931.

Fürst Wittgenstein'sche Rentkammer.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß die **Hühner und Tauben während der Saatzeit einzusperren** sind.

Zu widerhandlungen werden bestraft.

Laasphe, den 26. 10. 1931.

Der Bürgermeister: Pränger.

Autofahrten

zu jeder Tages- u. Nachtzeit.
Kilometer 25 Pfg., größere Fahrten
Preisermäßigung.

Fritz Schmidt, Laasphe
Fernruf 130.

Zwangsversteigerung.

Am **Donnerstag den 29. Oktober, nachm. 1 Uhr** werde ich in **Erndtebrück** an Ort und Stelle, **Sammel-punkt Wirtschaft Ströhm ann** 1 Labentheke, 1 Posten Herren-, Damen- und Kinderschuhe, 1 Schreibmaschine, 1 Kuh, 1 Schwein, 2 Küchenschränke öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Berleburg, den 28. 10. 1931.
Ritten, Obergerichtsbollzieh.

Das Vertrauen der Käufer

kann man nicht durch eine einmalige Werbung erringen. Die Wiederholung bringt Erfolge. Begnügen Sie sich jetzt nicht mit einer Anzeige, wenn Sie zu Weihnachten bessere Geschäfte machen wollen. Ihr bester Helfer in der Kundenwerbung ist die

Wittgensteiner Zeitung!

Gelbe Raucherzähne

„Nach langem Suchen endlich das Richtige für meine Zähne. Nach brei-maligem Gebrauch blenden meine Zähne, trotzdem dieselben durch vieles Rauchen braun und ungesund waren. Ich werde nichts anderes mehr gebrauchen, als Chlorodont. B. Hofst. Berg. Man verlange nur die gelbe Chlorodont-Zahnpaste. Tube 64 Ct. und 90 Ct. und wolle jeden Ertrag dafür zurüch.“

Flucht aus der Großstadt.

Nach den Mitteilungen des Landesamts Branden-burg, das seit längerer Zeit vor einem Zugzug nach Berlin gewarnt hat, haben die wirtschaftlichen Verhältnisse einen völligen Umschwung in der Zu- und Abwanderung hervorgerufen. In der Zeit vom Januar bis Juni 1931 sind aus Berlin über 31000 Einwohner fortgezogen. Dieser sogenannte Wanderungsüberschuß befindet sich gegenwärtig weiter in aufsteigender Linie. Diese Tendenz wird erst seit dem Jahre 1930 festgestellt, als zum ersten Male die Zahl der Fortziehenden die der Neuzuziehenden erreichte und überstieg. Der Ueberfluß an „Auswanderern“ betrug in diesem Jahr 8500 Personen. Von 1920 bis 1929 wurde eine zum Teil rapide ansteigende — in den einzelnen Jahren schwankende — Zuwanderung nach der Reichshauptstadt beobachtet. Die höchste Zahl wurde im Jahre 1925 mit 104900 Zu-ziehenden erreicht.

Heiratsziffer und Konjunktur.

Der Präsident des Statistischen Reichsamts, Dr. Wagemann, hat zu berechnen versucht, welche „Kapitalinvestitionen“ durch die Eheschließungen veranlaßt werden. Er schätzt im Jahre der wirtschaftlichen Hochkonjunktur 1928 (bei 587000 Eheschließungen) die Aufwendungen für neue Wohnungen der Heiratsenden auf 3,25 Milliarden Mark, für Wohnungseinrichtungen auf drei Viertel Milliarden, Wäsche und Ähnliches auf ein Drittel Milliarden, im ganzen betragen die Aufwendungen 4 ein Drittel bis 4,5 Milliarden Mark. Diese 4,5 Milliarden entsprachen 1928 der Hälfte der jährlichen Erparnisse der Bevölkerung, durch sie wurden 1,5 Millionen Erwerbstätige beschäftigt. Man kann hieraus einen doppelten Schluß ziehen: Einmal hängt die Heirats-möglichkeit und damit auch die Heiratsfähigkeit von der wirtschaftlichen Konjunktur ab, andererseits aber hat auch die Abnahme der Zahl der Eheschließungen einen Niedergang der wirtschaftlichen Konjunktur zur Folge.